

## Rede zum Offenen Brief an Andreas Lenz, MdB

Hallo Bamberg!

Es ist schön hier bei Euch zu sein. Es ist schön Menschen zu treffen, die auch nicht von Politikern erklärt bekommen wollen, wie man sich Hände wäscht, wann man Kniebeugen machen oder in die Hände klatschen soll. Kürzlich sah ich eine junge Mutter auf dem Fahrrad fahren mit Kindersitz, der Helm baumelt am Lenker aber Mund-Nase-Bedeckung im Gesicht. Eine solch unvernünftige Risikoabwägung ist wohl auch eine Folge der Angst- und Panikmache durch Politik und Medien.

Mein Name ist Tobias Unruh und ich wohne mit meiner Familie in Forchheim. Ich bin Physik-Professor an der FAU in Erlangen, spreche hier aber als Privatperson.

Ich dachte eigentlich, dass Vermummung bei öffentlichen Veranstaltungen verboten ist. Heute werden allerdings Wohnungen und Arztpraxen von Polizeikommandos durchsucht, wenn der Verdacht besteht, dass man sich auf einer Veranstaltung unrechtmäßig **nicht** vermummt hat. Seit fast einem Jahr fällt Schulunterricht praktisch aus. Viele Milliarden Euro werden an Personen und Betriebe verteilt, denen die Regierung zuvor die Existenzgrundlage entzogen hat. Das Bundesverfassungsgericht wird von ehemaligen aktiven Politiken geleitet und verbietet seit neustem Demonstrationen für Frieden und Freiheit. Maskenpflicht auf Demonstrationen - Atteste, gültig nur mit Diagnose. Unsere Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina empfiehlt der Politik: „Die Feiertage und den Jahreswechsel für einen harten Lockdown nutzen“, ohne jegliche Abschätzung der „Kollateralschäden“. Und das alles, ohne dass die Verantwortlichen klare übergeordnete Ziele der Coronamaßnahmen nennen, deren Erreichung eindeutig messbar wäre. Regelmäßig habe ich mich übrigens erkältet, wenn ich bei den Fußballspielen meiner Kinder zugeschaut habe und dabei stundenlang in der Kälte stand. Sie werden das kennen. Jetzt gibt es das staatlich verordnet: Beim Warten in der Kälte vor Arztpraxen, Ämtern, Bäckereien, und anderen Geschäften.

Möglich macht diesen Unsinn das Infektionsschutzgesetz. Auf meinen Aufruf an alle Abgeordneten, im Bundestag **gegen** die neuerliche Novellierung dieses Gesetzes zu stimmen, habe ich weit über 100 Antworten erhalten. Ich habe nun Herrn Andreas Lenz (MdB, CSU Fraktion) einen offenen Brief geschrieben, da er, als einer der ganz wenigen Befürworter dieser Gesetzesinitiative, erkennen ließ, dass er auch kritische Meinungen hören will und an einem Diskurs interessiert ist. Ich erhoffe mir Antworten auf drängende Fragen, die wir ja alle an die Politiker haben.

Im folgenden möchte ich ein paar z.T. etwas angepasste Ausschnitte aus dem langen Schreiben vortragen. Das Original des Schreibens kann man auf meinem Te-

Telegrammkanal [1] finden. Auch den Text dieser Rede werde ich dort mit Referenzen veröffentlichen.

Sehr geehrter Herr Lenz, **welche Ziele sollen durch die Coronamaßnahmen erreicht werden?**

Seit der Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland warnen Wissenschaftler, Politiker und Medien vor den möglicherweise verheerenden Folgen der Epidemie. Maßnahmen der Regierung sollen die Bevölkerung vor diesen Folgen schützen. Bis heute fehlt allerdings eine klare Festlegung der konkreten Ziele, messbare Kriterien, wann sie erreicht sind und eine langfristige Strategie, wie sie erreicht werden sollen.

Stattdessen werden ständig neue Kriterien für die Einführung bzw. Aufhebung von Maßnahmen eingeführt. Wir erinnern uns: Zunächst hat das RKI in dem Virus noch keine ernste Gefahr gesehen und unser Gesundheitsminister hat geplante drastische Maßnahmen der Regierung noch am 14. März, kurz vor deren Einführung, durch sein Ministerium als „Fake News“ bezeichnet.

Seitdem hat sich die Ansicht der Regierenden deutlich geändert und strenge Maßnahmen wurden eingeführt. Aber was genau waren die Ziele? Es ging um den Schutz von Leben. Aber auch darum, Zeit zu gewinnen, um Medikamente und Impfstoffe zu entwickeln und das Gesundheitssystem nicht zu überfordern, wie Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache am 18. März 2020 sagte. Aber wer genau soll wie geschützt werden? Haben die zu Schützenden dabei ein maßgebliches Mitspracherecht? Gab es den offenen Diskurs dazu - in der gesamten Bevölkerung? Nein Herr Lenz, den gab und gibt es nicht in Deutschland, denn die Einordnung des Lebensrisikos in einer offenen Debatte ist politisch eine heikle Angelegenheit im Gegensatz zur Politik des Schürens von Angst und anschließendem Durchregieren mit harter Hand.

Dabei waren und sind die Maßnahmen zu weiten Teilen unkoordiniert, widersprüchlich sowie unverständlich und zeichnen sich durch ein nicht unerhebliches Maß von Willkür aus: Masken auf dem Schulhof - auf dem Schulweg nicht, beim Tennis war das Doppelspielen ok - aber Punkte zählen war verboten, heute darf man keinen Hallensport treiben, weil Herr Söder beleidigt war, dass die Fitness Studios erfolgreich geklagt hatten, vor dem Schwimmunterricht in der Schule war duschen verboten, nach dem Schwimmen aber erlaubt, auf dem Weg aus den Kabinen aufs Fußballfeld: Maskenpflicht - danach spielen mit Körperkontakt, nach dem Training Markierungshütchen und Bälle desinfiziert, Spiel mit Körperkontakt war aber ok. Sie wissen selbst, dass sich diese Liste endlos fortsetzen ließe.

Lieber Herr Lenz, **das ist Politik nach Gutsherrenart.** Und daran sind auch die deutschen Parlamente schuld. Denn sie lassen es zu, dass über Wochen hinweg lediglich die Regierungen die grundrechtseinschränkenden Maßnahmen aushandeln und durch

Verordnungen umsetzen. Grundlage bildet hier bis heute das Infektionsschutzgesetz (IfSG). Ich möchte hier ausdrücklich betonen, dass auch ich denke, dass ein Vergleich des Infektionsschutzgesetzes mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 völlig unangemessen ist. Aber unabhängig davon gruselt es einem beim Lesen dieses Gesetzes (s. dazu auch [5]). Unverhältnismäßige Grundrechtseinschränkungen durch die Exekutive werden ermöglicht. Die Kriterien zur Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite sind viel zu vage. Auch Art und Umfang der Maßnahmen, die bei Feststellung einer solchen Lage umgesetzt werden dürfen, sind nicht hinreichend klar benannt. Die Gefahrenlage muss meines Erachtens in jedem Fall deutlich drastischer sein, als eine Bedrohung durch „eine dynamische Ausbreitung einer bedrohlichen übertragbaren Krankheit über mehrere Länder“, um der Exekutive so weitreichende Befugnisse zur Einschränkung von Grundrechten der Bürger zu geben. Ich sehe in der aktuellen Situation - über acht Monate nach den ersten positiven SARS-CoV-2 PCR-Tests in Deutschland - keine hochdynamische Handlungsnotwendigkeit von Regierungen zum Schutz der Bevölkerung. Die Zeit für parlamentarische Verfahren ist vorhanden und gravierende Grundrechtseinschränkungen verlangen vor diesem Hintergrund unbedingt in jedem Einzelfall eine parlamentarische Bestätigung vor deren Inkrafttreten.

Ich komme auf die Ziele der Maßnahmen zurück. Ende August wurden wieder neue Ziele bekannt gegeben: „In den nächsten Monaten wird es jetzt darauf ankommen, die Infektionszahlen niedrig zu halten, wenn wir uns wieder drinnen aufhalten – an Arbeitsplätzen, in Schulen und in Wohnungen.“, sagte Angela Merkel, um dann auch die wichtigen Ziele zu formulieren: 1. Kinder sollen nicht die Verlierer der Pandemie sein. 2. Ziel sei „unser Wirtschaftsleben am Laufen zu halten oder wieder zum Laufen zu bringen“. 3. Ziel ist es „den gesellschaftlichen Zusammenhalt so weit wie möglich zu bewahren“. [6] Das, Herr Lenz, ist keine Antwort auf meine Frage nach klar definierten Zielen der Maßnahmen und einer Strategie wie diese zu erreichen sind. Es handelt sich eher um eine Liste zur Schadensbegrenzung der Folgen der unangemessenen Maßnahmen. Die Politik muss die harten Grundrechtseinschränkungen rechtfertigen und nach über acht Monaten reichen da keine Durchhalteparolen mehr. Klare Ziele, deren Erreichung eindeutig messbar ist, müssen festgelegt, gerechtfertigt und fortwährend überprüft werden. Solange solche Ziele in Verbindung mit einer langfristigen Strategie zu ihrer Erreichung nicht klar und nachvollziehbar kommuniziert werden, stelle ich die Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen in Frage.

### **Welche Rolle spielt die Wissenschaft?**

Sehr geehrter Herr Lenz, ich bin leidenschaftlicher Naturwissenschaftler und habe einen gewissen Einblick in das wissenschaftliche Arbeiten, die Abhängigkeit der Wissenschaft von Fördergeldern und die Rolle der Wissenschaft in unserer Gesellschaft.

Der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis bildet zu Recht in einer aufgeklärten Gesellschaft eine wesentliche Grundlage für den öffentlichen politischen Diskurs. Es muss einem aber auch stets bewusst sein, dass Wissenschaft keine unumstößlichen Wahrheiten verkündet, sondern lediglich den derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis vermitteln kann. Dabei ist eine unvoreingenommene und offene Diskussion über die Interpretation experimenteller und theoretischer Forschungsergebnisse sowie denen aus Simulationen und Modellierungen unverzichtbar. Es müssen alle Interpretationen und Einschätzungen respektvoll beachtet und kritisch hinterfragt werden, völlig analog zu einer gesellschaftlichen Diskussion. Vorteil der wissenschaftlichen Diskussion ist, dass sie die bisher nicht lösbaren Fragen offen lassen kann. Das geht bei gesellschaftlichen Diskussionen, bei denen man sich z.B. für ein konkretes Vorgehen entscheiden muss, nicht. Aber natürlich bildet der Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis die Grundlage für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung. Und genau deswegen ist es so wichtig, dass dieser Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis, insbesondere auch die bisher nicht geklärten Fragen, umfassend und nachvollziehbar in die Gesellschaft hinein kommuniziert wird.

Es ist dabei zu beachten, dass auch Wissenschaft nie völlig unabhängig ist. Jeder Wissenschaftler ist durch seine unmittelbare Umgebung, den Zeit- und Erfolgsdruck, die Abhängigkeit von Fördermitteln, dem Wunsch nach wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Ansehen und der lokalen, nationalen und internationalen Sichtbarkeit beeinflusst. Umso mehr sollte darauf geachtet werden, dass bei der Beratung der Politik und zur öffentlichen Darstellung in den Medien ein möglichst breites und unvoreingenommenes Bild des Standes der Wissenschaft nachgefragt wird, das zur Entscheidungsfindung in einem öffentlichen Diskurs dient. Eigentlich sind dazu die Öffentlich-Rechtlichen Medien in Deutschland im besonderen Maße verpflichtet. Aber auch alle anderen Medien sollten sich diesem Grundsatz unserer freiheitlichen Demokratie verpflichtet fühlen.

Nun hat die Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft zusammen mit den Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Pandemie: Es ist ernst (2020)“ [7] veröffentlicht. Das war am 27. Oktober 2020, einen Tag vor der Entscheidung zum 2. Lockdown in Deutschland des - ich würde mal sagen - „Exekutivkomitees der Coronapolitik in Deutschland“ von der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder.

In der Zusammenfassung des Papiers heißt es u.a. „Aktuell kann die Ausbreitung des Virus in vielen Regionen von den Gesundheitsämtern aus Kapazitätsgründen nicht mehr adäquat nachverfolgt werden. Um diese Nachverfolgung wieder zu ermöglichen,

müssen Kontakte, die potentiell zu einer Infektion führen, systematisch reduziert werden. Nur so werden eine Unterbrechung der Infektionsketten und ein Einhegen der Situation wieder möglich. Je früher und konsequenter alle Kontakte, die ohne die aktuell geltenden Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen stattfinden, eingeschränkt werden, desto kürzer können diese Beschränkungen sein. Die hier getroffenen Aussagen basieren im Wesentlichen auf Modellrechnungen.“.

Ganz am Anfang dieser Erklärung findet sich eine Graphik zur Entwicklung der täglichen positiven PCR-Tests in Deutschland mit Daten vom 1. bis 23.10.2020. Dabei werden die Fallzahlen bis Ende November zur Abschätzung eines worst-case-Szenarios durch einen exponentiellen Anstieg extrapoliert. Nun weiß heute jeder halbwegs informierte Bürger, dass sich eine Infektion noch nie in einer Bevölkerung über längere Zeit exponentiell ausgebreitet hat. Sie kann eher durch den Verlauf einer Sigmoid- oder Gompertz-Funktion beschrieben werden. Ungeachtet dessen wird hier offensichtlich versucht, Angst zu schüren. Es wird ein worst-case Szenario einer völlig ungebremsten Infektionswelle an die Wand gemalt mit etwa 100.000 Infektionen pro Tag Ende November und vielleicht noch viel mehr danach.

Aber noch viel schlimmer ist es in meinen Augen, dass ausgehend von einem sehr dürftigen Modellansatz [8] (der aber durchaus für einen überschaubaren Zeitraum brauchbare Abschätzungen liefern könnte) mit einem **wissenschaftlichen Anstrich** pure politische Handlungsempfehlungen mit dem Anspruch unbedingter Notwendigkeit vermittelt werden. So heißt am Ende der Erklärung:

„Das Ziel muss es sein, die Fallzahlen so weit zu senken, dass die Gesundheitsämter die Kontaktnachverfolgung wieder vollständig durchführen können. . . . Hierfür ist eine breit angelegte Kommunikations-Anstrengung notwendig, die in ganz Deutschland an allen öffentlichen Orten die AHA+L+A-Regeln unzweideutig und bundesweit einheitlich kommuniziert. Die Einhaltung dieser fundamentalen Regeln sollte besser kontrolliert und bei Nichtbeachtung konsequent geahndet werden. Das beinhaltet die stringente Einhaltung der Maskenpflicht sowie eine Kontrolle der Hygiene-Konzepte z.B. in Hotels, Restaurants und auf Veranstaltungen.“

Was sind das denn für Wissenschaftler, die nicht den wissenschaftlichen Stand der Forschung Politik, Medien und Gesellschaft vorstellen und versuchen diesen zu erklären mit all ihren harten Fakten einerseits und den Unwägbarkeiten, Ungenauigkeiten und dem bisher Unbekannten andererseits? Stattdessen schnüren sie Maßnahmenpakete für die Regierung. Ist es Sache von Wissenschaftsorganisationen das Ergebnis einer sorgfältigen Abwägung der Vor- und Nachteile der Maßnahmen vorwegzunehmen? Und ebenso deren verfassungsmäßige Verhältnismäßigkeit? Damit übergehen sie den so wichtigen öffentlichen Meinungsbildungsprozess! Diese Vorgehensweise

ist anmaßend und untergräbt meiner Ansicht nach das Vertrauen in die beteiligten wissenschaftlichen Institutionen, die das gar nicht verdient haben. Man könnte den Verdacht bekommen, dass die handelnden Personen doch zu nah an den politischen Entscheidungsträgern und zu abhängig von ihnen sind. Ich fordere die beteiligten Wissenschaftsorganisationen auf diese Erklärung zurückzuziehen.

Gleiches gilt für die eingangs erwähnte Erklärung der Leopoldina vom 08.12.2020 [9], an der u.a. die Herren Drost, Wieler und Wiestler (Präsident der HGF) mitgearbeitet haben. Ich unterstütze die Forderung von Herrn Kollegen Esfeld von der Universität Lausanne und Mitglied der Leopoldina, diese Erklärung von Seiten der Leopoldina zurückzuziehen [10] (s. auch [11]).

Im Alltag an der Universität fällt mir eine sehr große Sprachlosigkeit zur Coronapolitik auf. Man kommt kaum ins Gespräch und wenn, dann werden alle kleinen Eventualitäten gesucht, die zur Rechtfertigung der Maßnahmen geeignet sein könnten. Die massiven Einschränkungen der Grund- und vor allem der Freiheitsrechte werden kaum wahr- oder gerne in Kauf genommen. Empathie mit den vielen Menschen, die an den Folgen der Coronamaßnahmen leiden, gibt es zwar, das damit verbundene Leid wird aber meist als durchaus ertragbar marginalisiert. Die Universität ist z.Z. halt doch noch ein Elfenbeinturm. Ich freue mich sehr, dass Cassandra nachher noch einiges dazu aus studentischer Sicht erzählen wird.

Lieber Herr Lenz, gestatten Sie mir zum Schluss **noch** eine Frage: Wie sieht es mit der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland aus? Ist es richtig wie Herr Papier, unser ehemaliger Bundesverfassungsgerichtspräsident, von deren zunehmenden Erosion zu sprechen (s. dazu auch [12, 13, 14])? Ist die herausgehobene Stellung des Robert-Koch-Instituts im IfSG nicht problematisch? Ergibt sich in der Rechtsprechung nicht ein unheiliger Ringschluss von Exekutive, Judikative und Behörde, die wiederum der Regierung untersteht? Ist es angemessen, dass das Bundesverfassungsgericht nun auch Demonstrationen gegen die Coronamaßnahmen verbietet [15]? Quarantäne ist Freiheitsberaubung. Wieso ist deren Verhängung so willkürlich [16]? Wieso rücken Ihre Parteikollegen in der bayerischen Staatsregierung Bürger, die friedlich für Grund- und Freiheitsrechte demonstrieren pauschal in die Ecke von Verschwörungstheoretikern, Antisemiten und Rechtsradikalen? Das ist völlig absurd, wie Sie sehen würden, wenn Sie dabei wären. Hätten Sie Personen vor einem Jahr als Verschwörungstheoretiker bezeichnet, wenn sie Ihnen die derzeitige Situation in Deutschland als Zukunftsszenario prognostiziert hätten?

Ich kann den offenen Diskurs zur Coronapolitik, so wie Sie es mir in Ihrer E-Mail schreiben, nicht erkennen. Ich sehe in der Politik bisher keinen ernsthaften Versuch, eine offene Diskussion zu den oben genannten Themen anzustoßen und zu fördern. Das hat

fatale Folgen für unsere Gesellschaft und wird zu einer nachhaltigen Verunsicherung und weiteren Spaltung führen.

Ich bin mir nicht sicher, dass ich bei allen meinen Einschätzungen und Beurteilungen richtig liege. Aber dass Politik und Medien die Deutungs- und Befehlshoheit derzeit für sich alleine beanspruchen, ist nicht in Ordnung. Daher dieser offene Brief als Diskussionsbeitrag. Wie sehen Ihre Antworten zu den gestellten Fragen aus? Lassen Sie uns im Gespräch bleiben, offen, öffentlich, mit dem Ziel Brücken zu bauen, die die Menschen wieder näher zusammen bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Literatur

- [1] <https://t.me/TobiasUnruh>
- [2] [Bildzeitung, Verwirrung um die Corona-Zahlen der Kanzlerin](#)
- [3] [Jürgen Fritz Blog, Merkel übernimmt politische Führung: Reproduktionsfaktor weiter nach unten drücken](#)
- [4] [Gesellschaft für Virologie e.V., Stellungnahme der Gesellschaft für Virologie zu einem wissenschaftlich begründeten Vorgehen gegen die Covid-19 Pandemie](#)
- [5] [Milosz Matuschek, Mit Vollgas in die Verordnungsdiktatur \(gesprochene Version von Gunnar Kaiser\)](#)
- [6] [Die Welt: Merkel nennt drei Ziele](#)
- [7] [Gemeinsame Erklärung der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Präsidenten der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Coronavirus-Pandemie: Es ist ernst \(2020\)](#)
- [8] [Dehning et al., arXiv:2004.01105](#)
- [9] [Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Coronavirus-Pandemie: Die Feiertage und den Jahreswechsel für einen harten Lockdown nutzen \(2020\), 08.12.2020](#)

- [10] [2020News.de, Aufforderung zum Rückzug der Leopoldina-Stellungnahme von Prof. Dr. Michael Esfeld, Wissenschaftsphilosoph an der Universität von Lausanne und Mitglied der Leopoldina](#)
- [11] [Achgut.com, Gastbeitrag von Dr. Jochen Ziegler, Arzt und Biochemiker, Corona-Stellungnahme: Der Lieferservice der Leopoldina](#)
- [12] [Cicero, Otto Depenheuer, Warum Freiheit, warum Demokratie?](#)
- [13] [Hans-Jürgen Papier, Die Warnung, Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird. Deutschlands höchster Richter a.D. klagt an, Heyne-Verlag 2019, Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH, München, ISBN: 978-3-453-20725-7](#)
- [14] [Die Warnung, Hans-Jürgen Papier, SWR Tele-Akademie](#)
- [15] [Boris Reitschuster, Karlsruhe amputiert Grundrechte](#)
- [16] [Boris Reitschuster, Unter Söder-Arrest](#)